

Ein Klimabürger*innenrat für Berlin: Konzept für eine zivilgesellschaftliche Überarbeitung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030)

Berlin, September 2020

A Warum ein Klimabürger*innenrat?

Klimabürger*innenräte (KBR) haben derzeit Konjunktur wie die Beispiele in Frankreich und Großbritannien zeigen. Auch deutsche Städte wie Frankfurt/Main oder Stuttgart bereiten einen KBR vor. Bürger*innenräte (BR) bieten die Möglichkeit, die verschiedenen Perspektiven der Berliner Bevölkerung politisch einzubinden, auch solcher Gruppen, die sonst selten an partizipativen Prozessen teilnehmen. Sie befördern damit das Vertrauen in die Landespolitik. BR ergänzen die parlamentarische Demokratie, indem sie Lösungswege aufzeigen, die eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung genießen und auf die sich politische Entscheider*innen berufen können.¹

Mitglieder eines BRs werden zufällig gelost, so dass der BR die Bevölkerung möglichst genau repräsentiert. Die Teilnehmenden erhalten Informationen von Expert*innen und Interessengruppen und können auf dieser Basis, angeleitet durch eine inhaltlich neutrale Moderation, fundierte Maßnahmenvorschläge ausarbeiten. Die Ergebnisse sind somit gemeinwohlorientiert. Diese Eigenschaften machen den KBR zu einem idealen Instrument des Dialogs zwischen Filterblasen und zur Weiterentwicklung des Klimaschutzes in Berlin.² Er kann einen Beitrag dazu leisten, mehrheitsfähige Maßnahmen zu identifizieren, Zielkonflikte aufzulösen und die notwendigen Veränderungen in Berlin anzustoßen. Gleichzeitig ermöglicht er die Einbindung der Bevölkerung in die Weiterentwicklung des wichtigsten Berliner Klimaschutz-Instruments, dem BEK.

B Inhaltliche Ausrichtung und Ziel des Bürgerrats

Der Umsetzungszeitraum des BEK endet 2021. Für die Weiterentwicklung wurden im Doppelhaushalt 2020/2021 100.000 Euro für eine „Machbarkeitsstudie: Berlin Paris-konform machen“ eingestellt (Titel: 54010 im EP 07/0750). Die Ergebnisse dieser Studie bilden den Ausgangspunkt für den KBR. Die genauen klimapolitischen Fragestellungen können in einem Agenda-Setting-Workshop unter Beteiligung von Expert*innen definiert werden. Anhand der in der Studie genannten Maßnahmen können Konflikte identifiziert, für die gesellschaftlich tragbare Lösungen gefunden werden sollen, bspw. für eine gerechte Flächenverteilung, eine nachhaltige Finanzierung des ÖPNV oder für das Spannungsfeld energetische Sanierung und Mietkosten. Die Ergebnisse des KBR sollen die Form konkreter Maßnahmenvorschläge haben,

¹https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2019-09-27_Bu_rgerrاتبroschu_re.pdf

²Zum Beispiel in Großbritannien: <https://taz.de/Buergerraete-beraten-Regierung-beim-Klima/!5666915/>

damit sie dann in politische Programme oder den parlamentarischen Prozess Eingang finden können.

C Fristen und zeitliche Abläufe

Damit die Ergebnisse des KBR rechtzeitig für die BEK-Überarbeitung vorliegen, sollte die Entscheidung zur Durchführung des KBR rasch erfolgen, damit im Herbst die notwendigen Vorbereitungen und Planungsschritte unternommen werden können.



D Durchführungskonzept

Das Durchführungskonzept wird i.d.R. von beauftragten Instituten in Kooperation mit einem Koordinationsteam ausgearbeitet und umgesetzt. Es umfasst sowohl die Auslosung und dann repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmenden als auch die Durchführung sowie die Vor- und Nachbereitung der Treffen. Neben den Instituten sind im Koordinationsteam der Initiator*innenkreis sowie ggf. ausgeloste Bürger*innen vertreten. Die öffentliche Hand fungiert dabei als Auftraggeber.

E Kosten

Die Kosten sind abhängig von der Anzahl der Teilnehmenden und der geplanten Treffen. Für einen Berliner KBR rechnet Mehr Demokratie pro Person und Wochenende mit 600 - 1000€. Wir empfehlen einen KBR mit ca. 100 Teilnehmer*innen.

F Politische Unterstützung als Erfolgsbedingung

Für den Erfolg des KBR ist eine politische Unterstützung unerlässlich. Die Erfahrungen von anderen BR zeigen: die Bereitschaft, sich zu beteiligen steigt stark an, wenn der BR von Parlament und Verwaltung eingesetzt wird, er in den entsprechenden Räumlichkeiten stattfindet und beispielsweise der Bürgermeister die Schirmherrschaft übernimmt.